

## Hoffnung statt Angst: Mit einem Programm für soziale Sicherheit



Foto: Michael Breyer

**Matthias Höhn,**  
Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE

Warum DIE LINKE wählen? Das ist die zentrale Frage der Strategie zur Bundestagswahl, die wir im Dezember beschlossen haben. Um unsere potenziellen Wählerinnen und Wähler zu erreichen, müssen wir Gründe und Motive liefern, warum es sich lohnt und wichtig ist, im September DIE LINKE zu wählen. 18 Prozent aller Wahlberechtigten können sich derzeit vorstellen, ihr Kreuz bei uns zu machen. Das ist eine gute Ausgangsposition: Lasst uns ruhig öfter davon sprechen, dass wir ein größeres Wählerpotenzial als beispielsweise die AfD haben, um die öffentliche Debatte seit Monaten kreist. Klar, entscheidend wird sein, das eigene Potenzial auch weitgehend auszuschöpfen. Die Erfahrungen zeigen, dass sich DIE LINKE in den Wahlkämpfen stets auch auf ihre Mitglieder und Sympathisanten in Teltow-Fläming verlassen kann. Ihr leistet in eurer alltäglichen ehrenamtlichen Arbeit so viel Wichtiges, das auch im Kampf um ein gutes Wahlergebnis ein starkes Argument ist.

Ein Grund, DIE LINKE zu wählen, haben wir in der Wahlstrategie so überschrieben: Die wissen, was sie wollen – Inhalte für eine gerechtere Gesellschaft. Diese Klarheit ist nicht selbstverständlich, denn im Gegensatz zu den anderen Parteien wissen Wählerinnen und Wähler, woran sie mit uns sind. Für einen Wahlkampf gibt es schlechtere Voraussetzungen. Die SPD und Martin Schulz zaudern, ob sie wieder sozial werden sollen. Ein Weiter so und die Fortsetzung der Großen Koalition schließen auch sie nicht aus. Die Grünen und ihr Spitzenduo stehen vor der Aufgabe, ihren Wählerinnen und Wählern erklären zu müssen,

wie sie grüne Inhalte gemeinsam mit Horst Seehofer in einer Regierung umsetzen wollen. Und die Union schwankt zwischen Merkel-Treue und einer möglichen Zukunft an der Seite der AfD, die sich immer mehr Konservative insgeheim wünschen.

Unsere Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger haben nun ihren Entwurf des Wahlprogramms vorgestellt. Dort stehen unsere Inhalte für eine gerechte Gesellschaft, für einen grundlegenden Politikwechsel: Zum Beispiel wollen wir den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben. Der Arbeitsmarkt muss reguliert werden. Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen und Befristungen wollen wir beenden. Kinderarmut ist ein Skandal in diesem reichen Land. Statt Hartz IV wollen wir eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Die Rente muss den Lebensstandard sichern und vor Altersarmut schützen. Die Zwei-Klassen-Medizin gehört abgeschafft. Wir kämpfen für eine Krankenversicherung, in die alle einzahlen, damit es für alle besser und bezahlbar wird. Das heißt: Wir gehen mit einem Programm für soziale Sicherheit in den Wahlkampf. Finanzieren wollen wir es mit Steuergerechtigkeit. Wir wollen Reichtum besteuern, damit mehr Geld da ist: in den Kommunen, für Infrastruktur, Personal und gelingende Integration. Wir brauchen eine Steuer auf Vermögen oberhalb einer Million Euro. Spitzeneinkommen, Erbschaften und Kapitalerträge müssen viel stärker für das Gemeinwesen herangezogen werden. Dagegen wollen wir kleine und mittlere Einkommen bei der Lohnsteuer entlasten. Steuerflucht können wir uns nicht länger leisten: Die teuersten Flüchtlinge sind Steuerflüchtlinge. Und wir wollen ein Land, das nicht Waffen und Soldaten in alle Welt schickt, weil so Ursachen für Flucht und Krieg geschaffen werden und gleichzeitig die Gefährdung im eigenen Land erhöht wird.

Wir werden auf Regionalkonferenzen den Entwurf diskutieren. Die Diskussion ist eröffnet: Lasst uns die Programmdebatte dafür nutzen, mit unseren Möglichkeiten die Stimmung im Land zu verschieben. Hoffnung statt Angst: Der Verunsicherung vieler Menschen – nicht zuletzt aufgrund der öffentlichen Debatte nach dem Terroranschlag – müssen wir Hoffnung auf Veränderungen und Verbesserungen entgegenzusetzen. Dies muss sich mit der LINKEN verbinden. Dafür rücken wir die realen Probleme der Menschen – Arbeit, Rente, Gesundheit, Armut, Miete – in den Vordergrund, um wegzukommen von den Erzählungen und Angstdebatten, die das Spiel der Rechten betreiben.



### Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser,  
liebe Genossin, lieber Genosse,

nun liegt es im Entwurf vor und soll von und mit uns allen diskutiert werden: unser Bundestagswahlprogramm für den 24. September 2017. Auf 72 Seiten wollen wir den Menschen Alternativen bieten, sozialer, gerechter, solidarischer, friedlich.

Faire Löhne, gute Renten, solidarische Gesundheitsversicherung, sozialer Wohnungsbau, gute Bildung, endlich Gleichberechtigung in Deutschland – in Ost und West, Integration und Solidarität, linker Feminismus, Menschen vor Profite, Europa den Menschen und nicht den Banken und Konzernen sind Stichworte.

Demokratie ist Volksherrschaft aller, nicht nur der Reichen. Darum heißt es auch mitmachen und einbringen, für den Regierungswechsel in Deutschland. Und vor allem: Nein zum Krieg!

Ideen und Vorschläge bis Ende Februar einreichen, damit unser Wahlprogramm viel diskutiert im Juni auf dem Parteitag in Hannover von einer breiten Mehrheit getragen wird.

Die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Für alle.

**FELIX THIER**  
Kreisvorsitzender

VON NORBERT MÜLLER

## Inklusion ernst nehmen!

Kaum ein Stichwort hat im Bildungswesen in den letzten Jahren für so viele Debatten hergehalten wie »Inklusion«. Mit der Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Jahr 2008 hat sich Deutschland verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass »Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben«. Diese Verpflichtung erscheint mit dem bisherigen Förderschulsystem unvereinbar, was auf Länderebene zu umfangreichen Reformen geführt hat und führt. Dass dieser Prozess mit den bereitgestellten finanziellen Mitteln zu vielerlei Problemen führte, überrascht wenig. Noch immer befinden sich laut der Bertelsmann-Studie



**BUNDESTAG UND KOMMUNE**

»Inklusion in Deutschland« aus dem Jahr 2015 4,7 Prozent aller Kinder auf einer Förderschule. 2007/2008 lag dieser Anteil nur unwesentlich höher bei 4,9 Prozent. Fazit: Hier besteht eine Menge Aufholbedarf! Doch auch bei einer »gelungenen« Abschaffung des exkludierenden Förderschulsystems könnte man wohl kaum von einer echten Inklusion sprechen.

Denn worin inkludiert wird, ist in der Regel ein dreigliedriges Schulsystem, das bereits in seiner Anlage auf Trennung und Auslese der Kin-

der und Jugendlichen setzt, statt auf ein »integriertes Schulwesen«, wie es in der UN-BRK gefordert wird.

Bei inklusiver Bildung geht es eben um alle Kinder und Jugendlichen – also auch um Kinder und Jugendliche, die aus anderen Gründen im Bildungssystem und beim Bildungszugang benachteiligt sind. Inklusive Bildung gilt ebenso für sozial Benachteiligte, Hochbegabte, Menschen mit Zuwanderungshintergrund und auch für Geflüchtete, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Und inklusive Bildung gilt auch für alle diejenigen, die ohne eine festgestellte Benachteiligung aufwachsen. Als Linksfraktion haben wir zurzeit gleich vier Anträge im parlamentarischen Verfahren, die eine solche echte Inklusion in den Bereichen frühkindliche Bildung, Schule, Hochschule sowie Aus- und Weiterbildung fordern.

Kernforderung dabei ist, das bisherige Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufzuheben und die Gemeinschaftsaufgabe Bildung

grundgesetzlich zu verankern. Mit einer solchen Neuausrichtung wäre es möglich, die unumgänglichen Forderungen der Behindertenrechtskonvention flächendeckend umzusetzen und dies durch zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes auch gebührend zu unterfüttern. Inklusion erscheint in der öffentlichen Debatte oft als isoliertes Problem, im Bildungsbereich könnte es unserer Auffassung nach aber auch der Schlüssel zu einem längst überfälligen gerechten Bildungssystem im Sinne aller Kinder sein. Dafür werden wir weiter streiten!

### Kontakt:

Norbert Müller, MdB  
Fraktion DIE LINKE.  
im Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 03385/49 45 21

Telefax: 03385/49 45 22

E-Mail: [norbert.mueller@bundestag.de](mailto:norbert.mueller@bundestag.de)



**LANDTAG UND KOMMUNE**

VON ANITA TACK

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ich grüße Sie sehr herzlich zum Neuen Jahr und wünsche Ihnen alles Gute, vor allem eine stabile Gesundheit.

### S-Bahnverlängerung bis Rangsdorf?

Wir brauchen bessere Bahnverbindungen, um vor allem die Menschen, die morgens und abends zwischen Berlin und dem Brandenburger Umland und ihren Wohn- und Arbeitsorten pendeln, zuverlässig befördern zu können.

Dazu liegen jetzt die Ergebnisse der »Korridoruntersuchungen« für den Bahn- und S-Bahnverkehr im Berliner Umland vom Verkehrsministerium vor. Auch eine mögliche Verlängerung der S-Bahnerschließung bis Rangsdorf gehört dazu.

Diese Untersuchungen hinsichtlich der zu erwartenden Potenziale für weitere Bahnverbindungen sind ein erster Schritt, weitere Analysen und Berechnungen müssen folgen.

Der neue Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR), der den Rahmen für die Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg bestimmt, war in der öffentlichen Diskussion.

Die Kommunen und Landkreise fordern in ihren Stellungnahmen vor allem bessere Mobilitätsbedingungen für die Bevölkerung. Das unterstrich auch der Chef des Rolls-Royce-Werkes in Dahlewitz, der uns kürzlich zu einem parlamentarischen Abend im Landtag empfing. Sichere und zuverlässige Bahnverbindungen zwischen Wohnorten und Arbeitsplätzen sind uns allen sehr wichtig. Sie gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Es sind aber auch sehr teure Investitionen. Vielleicht beteiligt sich der Rolls-Royce-Konzern daran?

Die Ergebnisse der Untersuchungen müssen jetzt mit dem neuen Berliner Verkehrssenat, der DB AG und deren S-Bahn-Tochter erörtert



Im Dienstagsgespräch der Linksfraktion zum Thema »Wie mobil ist Brandenburg?«, zu dem Anita Tack am 24. Januar 2017 in den Landtag eingeladen hatte, wurden klare Positionen zur Mobilität der Zukunft erarbeitet. Mehr dazu bei der Linksfraktion im Internet: [www.linksfraktion-brandenburg.de](http://www.linksfraktion-brandenburg.de)

und gemeinsame Ziele bestimmt werden. Deshalb werbe ich dafür, in den engagiert geführten Debatten einzelne Projekte und Regionen nicht gegeneinander auszuspielen. Es muss gelingen, zukunftsfähige Mobilitätslösungen für das gesamte Umland und Berlin zu finden. Fest steht heute schon, dass für die Umsetzung der ausgewählten Vorhaben große Investitionssummen über einen längeren Zeitraum benötigt werden.

Am 16. Februar 2017 findet in Potsdam zur Fortschreibung des Landesverkehrsplans (LNVP) 2018–2022 eine Auftaktveranstaltung statt. Das Infrastrukturministerium wird die

Ergebnisse der »Korridoruntersuchungen« und ihre Rolle im neuen LNVP vorstellen.

Herzlichst! Ihre Anita Tack, MdL

### Kontakt:

Anita Tack, MdL  
Landtag Brandenburg  
Alter Markt 1  
14467 Potsdam

Tel: 0331/966 15 10

Fax: 0331/966 15 07

E-Mail: [anita.tack@linksfraktion-brandenburg.de](mailto:anita.tack@linksfraktion-brandenburg.de)

## NACHGEFRAGT:



### Einer von uns **Florian Bogs**

- geboren am 22. März 1990 in Ludwigsfelde
- schließt voraussichtlich im Juni 2017 sein Studium als Master »Management Sozialen Wandels« ab
- arbeitet zur Zeit als studentische Aushilfe in der Anmeldung einer Arztpraxis
- seit Oktober 2016 Mitglied der LINKEN

#### Was ist für dich links?

Der Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit in der reichsten Industrienation Europas. Allerdings würde ich mich eher dem Realo-Flügel der Partei zuordnen. Keine Dogmen, dafür politischer Diskurs. Ausgestaltung der Idee einer europäischen Gemeinschaft mit weniger Nationalismus und Konservatismus.

#### Was regt dich auf?

Die scheinbar einfachen Antworten der AfD auf komplexe Fragen. Europäisierung und Globalisierung sind komplexe Prozesse, die gemanagt werden müssen, um den Überblick zu behalten und die Integration voranzutreiben. Schröders Agenda-Politik, die ausschließlich Vorteile für die Arbeitgeberseite gebracht hat. Vom Arbeitnehmer wird eine derartige Flexibilität erwartet (Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigungen, befristete Arbeitsverträge), die mit den Prinzipien des Sozialstaates unvereinbar sind.

#### Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Die Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA. Ich hätte dies selbst in Amerika nicht für möglich gehalten.

#### Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Deutschland nimmt eine Führungsposition innerhalb der europäischen Gemeinschaft ein. Mit dieser Führungsposition müssen wir sorgsam umgehen. Der hohe Lebensstandard könnte vielen Bürgerinnen und Bürgern durch eines gerechteres Verteilungssystem ein besseres Leben ermöglichen.

#### Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ich schätze ruhige Menschen, die in ihrer Argumentation eine Thematik aus mehreren Perspektiven beleuchten. Menschen, die immer nach dem berühmten Haar in der Suppe suchen, empfinde ich als kontraproduktiv.

#### Wie sollte Blankenfelde-Mahlow in zehn Jahren aussehen? Wovon träumst du?

Blankenfelde-Mahlow ist eine moderne Gemeinde mit hervorragender Infrastruktur. Das möchte ich auch in zehn Jahren noch sagen können.

#### Was bedeuten für dich Kunst und Kultur?

Mich begeistern gute Kinofilme. Ich bin musikbegeistert und versuche mich seit Kurzem am Gitarrenspiel.

#### Nachgefragt hat

**Detlev Schiemann**, Blankenfelde-Mahlow

## DABEI SEIN:

### TERMINE UND AKTIONEN

#### Jüterboger Gespräch mit Christian Görke

16. Februar 2017, 18.30 Uhr, Jüterbog, Kulturquartier Mönchenkloster

#### Gemeinsame Beratung von Kreisvorstand und KT-Fraktion zur Kommunalpolitik im Regionalverband TF-Süd

18. Februar 2017, 9.30 Uhr, Jüterbog, Bürgerbüro

#### Sitzung des Kreistages

20. Februar 2017, 17 Uhr Luckenwalde, Kreishaus

#### Eröffnung BT-Wahlkampf mit Thomas Nord und Carsten Preuß

28. Februar 2017, 19 Uhr Bürgerhaus »Bruno Taut« Blankenfelde-Mahlow, OT Dahlewitz Am Bahnhofsschlag 1

#### Frauentagsfeiern RV TF-Süd

8. März 2017, 15.30 Uhr Jüterbog, Bürgerbüro

#### Ludwigsfelde

8. März 2017, 15 Uhr Bürgerbüro

#### Blankenfelde-Mahlow

9. März 2017, 14 Uhr Vereinshaus Mahlow, I.-Kant-Str. 3

#### Redaktionssitzung LB und EB

22. März 2017, 17.30 Uhr Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

#### Sitzung Kreisvorstand

22. März 2017, 19 Uhr Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde

#### Gespräch mit Hans Modrow

23. März 2017, 19 Uhr Blankenfelde, »Grüne Passage« Brandenburger Platz 35

#### Wahlwerkstatt zur Bundestagswahl

25. März 2017, 10–18 Uhr Kongresshotel Potsdam

#### Landesparteitag

26. März 2017 Kongresshotel Potsdam

#### Linkstreff mit MdB Norbert Müller

26. April 2017, 18 Uhr Bürgerbüro Ludwigsfelde

#### 4. FrühLINKSempfang und Neumitgliedertreff

27. April 2017, 17 Uhr, Luckenwalde

#### 1. Mai 2017

**Jüterbog**  
9.30 Uhr, Kundgebung am OdF-Ehrenmal und am Rathaus, 11 Uhr gemeinsamer Frühschoppen im SPD-Büro, Zinnaer Straße  
**Ludwigsfelde**  
10 Uhr, Frühschoppen, Bürgerbüro  
**Luckenwalde**  
14 Uhr, 27. Familienfest Boulevard

# Wahlkampf braucht Engagement Aller!

**Doch ohne Geld werden auch wir nicht erfolgreich sein.**

Wir wollen auffallen mit unseren Inhalten und Gesichtern.

**Deshalb hilft uns jede kleine Summe, die gespendet wird!**

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Teltow-Fläming

<b>SEPA-Überweisung/Zahlschein</b>		Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.	
Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts		BIC	
Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)			
DIE LINKE. KV TELTOW-FLÄMING			
IBAN			
DE80160500003633027415			
BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)			
Betrag: Euro, Cent			
Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers			
SPENDE BUNDESTAGSWAHL			
noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)			
Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)			
IBAN			
D E			
Datum		Unterschrift(en)	
MUSTER, kein gültiger Überweisungsträger			

Schreibmaschine: normale Schreibweise! Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

## Ehrung Karl und Rosa

98 Jahre nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hatten sich am Sonntag, dem 15. Januar 2017, in Berlin wieder Tausende am traditionellen Gedenkmarsch vom Frankfurter Tor zum Zentralfriedhof Friedrichsfelde beteiligt, wo die beiden begraben sind.

Wie in jedem Jahr gedachten auch Mitglieder der Partei DIE LINKE und Spitzenpolitiker unserer Partei, wie die Bundestagsfraktions-Chefs Sahra Wagenknecht und Dietmar

Bartsch sowie der ehemalige Parteichef Oskar Lafontaine, der ermordeten Arbeiterführer und legten Kränze und Gebinde aus roten Nelken an der Gedenkstätte nieder. Der Kreisverband DIE LINKE, Teltow-Fläming mit seinem Vorsitzenden Felix Thier war natürlich auch vertreten.

Wir legten in stillem Gedenken an der Grabstätte »Die Toten mahnen uns« die mitgebrachten roten Nelken nieder.

Für uns ist dieser Ort nicht nur eine



Fotos: privat

von links Detlev Schiemann, Otto Schalin und Peter Gehrmann



**Otto Schalin**, Stadtverband DIE LINKE, Luckenwalde

Stätte des Gedenkens, sondern auch ein Ort der Mahnung, sich unermüdlich für ein friedliches, gerechtes und soziales Deutschland einzusetzen!

## Holocaustgedenken

am 27. Januar 2017 im Kreis Teltow-Fläming

Etwa 20 Genossinnen und Genossen sowie Sympathisanten gedachten in Ludwigsfelde der Opfer des Nationalsozialismus.

Der Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE, Ludwigsfelde, Silvio Pape, sprach die mahnenden Worte und legte gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Stadtfraktion, Peter Dunkel, die Blumen am Ehrenhain nieder.

Auch in Luckenwalde folgten dem Aufruf des Stadtverbandes der LINKEN 24 Mitglieder und Sympathisanten zur stillen Ehrung an der Gedenkstätte am Stadtpark. Bedauerlich ist, dass die offizielle Veranstaltung der Stadt wieder im »stillen Kämmerlein des Rathausfoyers« stattgefunden hat.

**Angelika Linke**, Ludwigsfelde

**Manfred Thier**, Luckenwalde

Die Bürgerinitiative »Zossen zeigt Gesicht« gedachte am 27. Januar der Opfer des Nationalsozialismus.

Der Einladung gefolgt waren knapp 30 Einwohnerinnen und Einwohner. Ein Schweigemarsch führte vom Stolperstein für Werner Robert Dalen in der Stubenrauchstraße über den Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus im Zossener Stadtpark zu den Stolpersteinen für das Ehepaar Weinberg in der Berliner Straße und endete an den Stolpersteinen für die Familie Falk auf dem Marktplatz.

Der BI »Zossen zeigt Gesicht« lag es am Herzen beim diesjährigen Schwei-

gemarsch auch an all jene Menschen auf der Welt zu erinnern, die in der Gegenwart Opfer von Kriegen und Gewalt werden. »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch« – diese Worte von Bertolt Brecht erlangen mahnendes Gewicht angesichts der Zunahme rechtsextremer Gewalt gegen Flüchtlinge, deren Unterkünfte, gegen Menschen muslimischen und jüdischen Glaubens, gegen ehrenamtliche Helfer, gegen Politiker und deren Büros, angesichts menschenverachtender Pöbeleien im Internet und des Zulaufs für rechtspopulistische Gruppierungen von AfD bis Pegida.

**Carsten Preuß**, Zossen

## Deutschunterricht für Asylbewerber, nicht nur eine Pflicht



Foto: privat

Annerose Gericke (BO Trebbin) ist Deutschlehrerin und schon seit einigen Jahren im Ruhestand, dennoch ist sie aktiv. Seit Mitte September hat die deutsche Sprache für sie eine besondere Bedeutung bekommen, denn normalerweise betrachtete sie diese bisher nicht aus der Sicht, weshalb es »das« Auto, »die« S-Bahn oder »der« Zug heißt. Doch seit diesem Zeitpunkt haben diese Worte eine ganz andere Bedeutung für

sie bekommen, denn einmal in der Woche erteilt sie Deutschunterricht für Flüchtlinge in der Tragflughalle in Schönhagen, welche sich auf dem Gelände des Flughafens befindet. Diese große Halle wurde ursprünglich für zwei Jahre angemietet und sollte ca. 300 Personen Platz bieten. Aufgrund der geringeren Anzahl von Flüchtlingen wird sie nun, erst Mitte Juni 2016 bezogen, am 30. April 2017 geschlossen. Ab 14. Juli 2016 haben Engagierte mit dem Deutschunterricht, zunächst in der Trebbiner Grundschule, begonnen, da der Teilnehmerkreis anfänglich größer war. Mittlerweile aber wurden schon einige Entscheidungen für Flüchtlinge getroffen, zum Beispiel am Deutschunterricht oder

einem dreimonatigen Praktikum teilzunehmen. Momentan leben nur 63 Personen in der Halle. Es sind vorwiegend junge Männer aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, dem Irak und dem Iran. Beeindruckend ist, wie sauber und ruhig die Halle ist, abgesehen vom Lärm der Gebläse, die Tag und Nacht die Versorgung mit Warmluft übernehmen. Die kleinen Schlafcontainer geben ihren Bewohnern etwas Gefühl einer Intimsphäre. Draußen vor der Halle wird in separaten Containern selbst gekocht. Drinnen besteht die Möglichkeit, selber Wäsche zu waschen oder sich zu beschäftigen. Zwei Fernsehapparate sorgen für ein wenig Unterhaltung. Einige der jungen Insassen besuchen die Schulen, ältere schließen sich zu kleinen Gruppen von vier bis sieben Personen zusammen und besuchen den Anfangsunterricht. Die Teilnehmer sind sehr bemüht, die deutsche Sprache zu erlernen.

Es geht locker und auch mal lustig zu bei kleinen Missverständnissen, erzählt sie, wenn ein »Schüler« zum Beispiel sagt: »Ich bin Trebbin«, statt »Ich bin aus Syrien«. Dann lachen oft alle, denn soviel verstehen die jungen Männer dann doch schon. Viele haben in der Heimat Familien, manche drei oder mehr Kinder, zurücklassen müssen, und alle hoffen sie in der Fremde auf ein besseres Leben ohne leidvolle Kriegserfahrung. »Im Programm der LINKEN für die Bundestagswahl 2017 stehen dazu die Forderungen nach der Verteidigung des Asylrechts sowie der stärkeren Bekämpfung der Fluchtursachen in der Welt«, sagt Annerose »und das ist wichtiger denn je, denn ich schaue auch in traurige Augen, die nicht darüber hinweg täuschen können, wie ungewiss das Schicksal dieser Menschen ist und was sie alles schon erlebt haben.«.

**Sabine Gumpel**, Trebbin

## ..... MITMACHEN .....

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Film »Der junge Karl Marx« wird auf der Berlinale gezeigt und geht anschließend ab 2. März in die Kinos.

Wir denken, dass der Film – ganz im Sinne der Disput-Beilage zur kulturellen Hegemonie unterm Weihnachtsbaum – geeignet ist, das linke kulturelle Umfeld zu erweitern.

Wir haben mit dem Filmverleih besprochen, dass in ca. 50 Kinos eine Patenschaft organisiert werden soll, zum Beispiel mit Promis oder linken Bewegungsmenschen, durch eine Ansprache oder Aktion vorm Kino oder eine Einladung zum anschließenden Kneipenbesuch oder oder ...

Ideal wäre, wenn es eine vor Ort bekannte Person (auch Partei-Promi) gäbe, die unmittelbar vor dem Filmstart darüber spricht, was sie mit Marx verbindet, was ihr an Marx besonders imponiert oder ähnliches. In diesen Fällen melde ich das beim Filmverleih an und der wendet sich an die betreffenden Kinos und kündigt das als im eigenen Interesse an. Ich bin sehr gespannt, ob das auch in unserer Region klappt.

**Maritta Böttcher**  
Jüterbog



## 2017 – Ein historisches Jahr!



Tino Eisbrenner (rechts) und das russisch-ukrainische Ensemble Towa Jowa

Das gilt auch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung Land Brandenburg (RLS). Auf ihrem Neujahrsempfang am 23. Januar 2017 verdeutlichten die Rednerinnen und Redner, dass nicht nur die Bundestagswahl, sondern auch der Machtantritt von Trump sowie der 100. Jahrestag der Oktoberrevolution in Russland viel Stoff zu Diskussionen bei Bildungsveranstaltungen

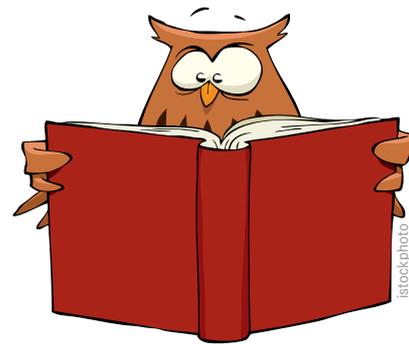
bieten. Dementsprechend wurde das Programm von Tino Eisbrenner mit eigenen Liedern bzw. Übertragungen von russischen Liedern ins Deutsche bestimmt, Texte aus Sowjetzeiten, die ganz aktuell wirkten. Begeistert hat das Publikum der einstündige Ausschnitt aus »Das Russische Wunder«, dem Dokumentarfilm von Annelie und Andrew Thorndike. Es wirkt wie ein Wunder, dass das Russland der »Bastische« (1917) 1961 mit Juri Gagarin den ersten Menschen ins All schicken konnte. Ein sehenswerter Film, auch angesichts der heutigen internationalen Lage

Russlands.

Der Förderpreis der RLS wurde dieses Jahr für eine Masterarbeit zum Thema der Gewalt in Marx' »Kapital« Band 1 und im Werk von Walter Benjamin vergeben – eine bewusste Förderung junger Wissenschaftler.

**Ingrid Köbke**, Nuthe-Urstromtal

## L E S E U L E



## Wohnen im Weltkulturerbe?

Das soll möglich sein? Das ist möglich, und diese Menschen würden mit niemandem tauschen wollen. Sie wohnen in Gebäuden, die zu den Schlössern und Anlagen von Sanssouci gehören. Und sie sind mit diesen auch noch auf andere Weise verbunden: Sie arbeiten, bis auf Ausnahmen, für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

In zweijähriger intensiver Recherche haben Francisca Drechsler und Barbara Rohm 21 Porträts ganz unterschiedlicher Menschen erarbeitet, die unter dem Titel »Menschen in Sanssouci – Leben und Arbeiten im Weltkulturerbe« erschienen sind.

Die Bewohner der Denkmale berichten über ihr Leben und Wirken, über Höhen und Tiefen, die sie in den Jahrzehnten in den Parks erlebt haben. Da wird weder beschönigt noch unter den Teppich gekehrt, denn auch in einem Denkmal ist nicht nur alles Gute beisammen. Den einen reizt die Einheit von Arbeitsplatz und Privatsphäre, den anderen das Besondere: Wer wohnt schon in einem Denkmal? Für mich ergab sich durch das Aufspüren dieser Lebensgeschichten eine ganz neue Beziehung zu den Gebäuden – sie sind nicht nur Zeugen der Vergangenheit, sondern auch lebendiges Heute durch die Menschen, die sie erhalten und pflegen und auch in ihnen wohnen. Das alles geschieht in einer Zeit, die Gegenstände oft nur so produziert, dass sie keine lange Lebensdauer haben. Die Autorin und fotografische Gestalterin liefern uns Lesern ein Meisterwerk, das nach dem ersten Porträt Lust aufs Weiterlesen macht, vielleicht beim einen oder anderen auch darauf, die Anlagen mal wieder (oder erstmalig) in Augenschein zu nehmen.

**Ingrid Köbke**, Nuthe-Urstromtal

### Menschen in Sanssouci

*Leben und Arbeiten im Weltkulturerbe*



Francisca Drechsler (Text)  
Barbara Rohm (Fotografie)  
h.f. ullmann Verlag, 2014  
ISBN:  
978-3-8480-0760-8

## Rot-Rot-Grün in Berlin

*Der Stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes DIE LINKE.Berlin, Tobias Schulze, sprach zur Situation »Rot-Rot-Grün« in Berlin zu den Vorsitzenden der Basisorganisationen, Ortverbände und des Stadtverbandes Ludwigsfelde, Altkreis Zossen und Trebbin.*

Hier ein Auszug aus seinem Beitrag: **Wem gehört die Stadt?**

Das Ergebnis unserer Umfragen und Strategiearbeit im Vorfeld der Wahlen war: Für viele Berlinerinnen und Berliner wird der Alltag im Boomtown immer beschwerlicher, die Wohnungsproblematik verschärft sich dramatisch, und die Menschen trauen der Landespolitik insgesamt nicht zu, die Probleme der auseinander driftenden Stadt zu lösen. Die Menschen haben das Gefühl bekundet, nicht mehr selbstbestimmt zu leben – egal ob wenig oder viel im Geldbeutel war. Dabei war es genau diese Selbstbestimmung, die jahrzehntlang im Mittelpunkt des typischen Lebensgefühls der Stadt in Ost wie West stand.

Im Strategieteam war uns schnell klar, dass wir diesen wahrgenommenen Verlust an Selbstbestimmung durch die sozioökonomische Entwicklung der Stadt zum zentralen Thema des Wahlkampfes machen mussten.

Es ging um die Definition eines neuen Wir: das der Berlinerinnen und Berliner, die ihre Stadt der Liberalität, der Solidarität und des guten Lebens für alle (wieder) haben wollen. Darunter gibt's viele, deren Unzufriedenheit nicht in eigenes Engagement mündet. Aber auch jene zahlreichen Menschen, die auf ganz verschiedenen Ebenen und auf ganz verschiedene Arten selber etwas tun. Und die dafür von der Landespolitik Ideen, Tatkraft, Zuhören und Unterstützung erwarten. Uns war klar, dass wir in dieser Stimmungslage mobilisierend, mitreißend und kreativ und Partner für die Aktiven sein müssen. Schließlich wurde daraus der Wahlkampfeslogan: »Euch gehört die Stadt!«.

Die Flüchtlingsbewegung seit dem Sommer 2015 brachte dem Vorwahlkampf eine neue, wirkmächtige Konfliktlinie, die insbesondere im Osten Bewegung in die Gruppe LINKER Wählerinnen und Wähler brachte. Hier galt es, die Verankerungen unserer Partei in den Helferinitiativen zu nutzen, Probleme etwa mit der Verwaltung, in Unterkünften, in Schulen, Krankenhäusern etc. frühzeitig aufzugreifen und Lösungen anzubieten bzw. einzufordern. Nach dem Wahlerfolg ging es schnell an die Sondierungen und

an die Koalitionsgespräche. Es gab drei Verhandlungsebenen: Fachgruppen (mit insgesamt über 100 LINKEN), die Hauptverhandler (je acht) und eine ganz kleine Runde mit den drei SpitzenkandidatInnen. Die Mitglieder der LINKEN waren eng an die Verhandlungen angebunden und wurden nach jeder Verhandlungsrunde detailliert per Newsletter informiert. Das war gut so, wie die Urabstimmung der Berliner LINKEN über den Koalitionsvertrag zeigte: Der Landesverband insgesamt machte den Einstieg in ein Regierungsbündnis zu ihrer Sache, nicht einiger weniger Vorständler. Knapp 90 Prozent stimmten für den Vertrag und das bei einer tollen Beteiligung von fast zwei Dritteln. Das knapp 280 Seiten dicke Verhandlungsergebnis kann sich sehen lassen. Es ist kein Dokument des Misstrauens, sondern eines des politischen Gestaltungswillens. Detailliert wurde beschrieben, was die neue Koalition tun will.

Zentral war dabei für DIE LINKE das Thema Wohnen und Mieten, denn am Wohnungsmangel und den explodierenden Mieten manifestiert sich eine neue soziale Spaltung in der Stadt. Mieten sollen begrenzt und der Neubau auf (auch für Geringverdiener) bezahlbaren Wohnraum

orientiert werden. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten hat eine andere Partei als die SPD das Bau- und Stadtentwicklungsressort, eine große Herausforderung. So bejubelt die Berufung des renommierten Stadtforschers Dr. Andrej Holm war, so schwierig gestaltete sich die Debatte um seine Biografie. Einerseits steht jeder, der den Milliardeninteressen der Bauwirtschaft etwas entgegenzusetzen will, unter ungeheurem Druck. Andererseits muss man sich eben wegen dieses Drucks besonders gut auf alle Debatten vorbereiten. Das hat die Koalition, auch unsere Partei unzureichend getan.

Trotz des holprigen Starts sind bereits jetzt Erfolge von Rot-Rot-Grün sichtbar: Geflüchtete ziehen aus Turnhallen in Wohnungen, das Sozialticket wird deutlich billiger, Verordnungen zur Mietensenkung im öffentlichen Wohnungsbestand sind auf dem Weg.

Für viele Menschen war und ist die neue Koalition eine Hoffnung auf mehr Teilhabe und besseres Regieren in der Stadt. Auch angesichts der Opposition aus CDU, FDP und AfD darf und wird sie diese Hoffnungen nicht enttäuschen.

Zusammenfassung von **Angelika Linke**, Ludwigsfelde

## Gute Bildung geht uns alle an

Gesamtmitgliederversammlung stellte sich der Verantwortung



Zu diesem Thema hatte der Kreisvorstand mit Kathrin Dannenberg, MdL und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, eine kompetente Gesprächspartnerin am 28. Januar ins Kreishaus eingeladen.

Wie groß das Interesse an diesem Thema ist, zeigte nicht nur die hohe Teilnehmerzahl mit ca. 100 Mitgliedern und Gästen, sondern auch die intensive Diskussion mit vielen Wortmeldungen. Eine sehr gute und auch informative Grundlage dafür waren die Ausführungen von Kathrin Dannenberg zu Beginn der Veranstaltung. Deutlich wurde dabei, dass die Prob-

lematik Lernen sehr vielschichtig ist und viele gesellschaftliche Bereiche berührt.

Die jetzige Regierung stellt sich diesen Aufgaben, insbesondere der Bereitstellung des erforderlichen pädagogischen Personals. Doch was im Zeitraum von 2001 bis 2008 unter SPD/CDU im Land versäumt wurde, lässt sich nicht in kurzer Zeit wieder korrigieren. Damals wurden knapp 1.300 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt, so Dannenberg. Man richtete sich auf dem Lehrerüberhang aus. Seit 2009 gab es unter Rot-Rot über 6.000 Einstellungen. Allein

zwischen den Schuljahren 2015/16 und 2018/19 ein Plus von 16.900 auf 18.700 Lehrkräfte. Die Schülerzahlen sind um vier Prozent gestiegen, die Personalstellen um 7,7 Prozent. Trotz qualifizierter Studienberatung studieren die jungen Leute nicht unbedingt Mangelfächer. Es gibt eine freie Studienwahl. Master of Education (Lehramt) und Master of Science (reine Wissenschaft) als gemeinsames Studium ist für viele Studierende schwierig. Es gibt eine hohe Abbrecherquote und schlechtere Ergebnisse, daher auch geringere Chancen für die Zulassung zum Vorbereitungsdienst.

Diese und weitere Probleme, wie die Bezahlung der Lehrkräfte, die Qualifizierung von Quereinsteigern, keiner will aufs Land oder die Stichtagsregelung bei der Einschulung, erschweren zusätzlich die Bildungsarbeit. Diese Probleme und noch weitere wurden dann auch in der sehr sachlich geführten Aussprache deutlich:

- befristete Arbeitsverträge statt unbefristete;
- Stundenvertretung auf Kosten des Förderunterrichts;
- Zusammenlegung von Naturwissenschaften in der Grundschule;
- geringere Bezahlung;
- keine Anreize im ländlichen Raum zu unterrichten – Berlin und die alten Bundesländer sind lukrativer;
- zu lange Lehrerausbildung;
- Förderbedarf viel größer, da zunehmende Anzahl von Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten, bis zur intensiveren Gewalt;
- ungeeignete Seiteneinsteiger: »Ich hasse Schüler.«.

Eigentlich hätten wir aus der zweieinhalbstündigen Versammlung eine Ganztagsveranstaltung machen können, so Maritta Böttcher. Kathrin Dannenberg versprach die Anregungen und Hinweise mitzunehmen und auch im Fachausschuss des Landtages anzusprechen.

**Manfred Thier**  
Kreisgeschäftsführer

## Panzer schaffen keinen Frieden – Protestkundgebung am Truppenübungsplatz Lehnin

Mehr als 150 Teilnehmer protestierten am Abend des 9. Januar 2017 vor dem Truppenübungsplatz in Lehnin gegen die massive und riskante militärische Drohgebärde der NATO. Aufgerufen zur Protestkundgebung hatte DIE LINKE. Brandenburg. DIE LINKE hat sich klar gegen diese Politik des militärischen Säbelrasselns positioniert. Panzer schaffen keinen Frieden – nirgends. Im Gegenteil, eine Truppenverlagerung in einem solchen Ausmaß ist Teil immer weiterer Aufrüstung und Provokationen. Der stellvertretende Vorsitzende der LINKEN, Tobias Pflüger, erklärte in Linthe »DIE LINKE lehnt die US-Aufmarschmanöver und die logistische Unterstützung durch die Bundeswehr ab. Wir beteiligen uns an Aktionen der Friedensbewegung gegen diese Aufrüstung und das ›Säbelrasselns‹ der NATO-Truppen.« Pflüger sieht in diesem Militäraufmarsch, der einer der größten seit dem Ende des Kalten Krieges ist, eindeutig eine Eskalation gegenüber Russland. Dies führe nur zu einer weiteren Aufrüstungsspirale zwischen der NATO und Russland. Sie müsse von beiden Seiten gestoppt werden. Die NATO plant im Rahmen von »Atlantic Resolve« eine der größten



Militäroperationen seit dem Ende des Kalten Krieges. Die US Army verlegt seit 6. Januar 2017 eine komplette Panzerbrigade mit 4.000 Soldatinnen und Soldaten und mehr als 2.000 Panzern, Haubitzen, Jeeps und Lkw über Bremerhaven zu NATO-Manövern, die neun Monate lang in Osteuropa stattfinden sollen. Es handelt sich dabei um die 3. Panzerbrigade, die Teil der 4. Infanteriedivision ist und im Militärstützpunkt Fort Carson im US-Bundesstaat Colorado stationiert ist. Am 5. Januar 2017 ist dafür ein erstes Transportschiff in Bremerhaven eingetroffen, zwei weitere Truppentransporter folgen mit insgesamt mehr als 2.500 Fahrzeugen, darunter Panzer und Gefechtsfahrzeuge. Die jetzigen Transporte sind

die umfangreichsten seit Ende des Kalten Krieges. Von Bremerhaven geht es mit Zügen, Fahrzeugkolonnen und weiteren Schiffen Richtung Osten. Auch deutsches Militär wird zu den Manövern verlegt. Diese Militärfahrzeuge werden, vornehmlich auf dem Schienenweg, über Niedersachsen und Brandenburg nach Polen verbracht. Darüber hinaus wird es kleinere Militärkonvois auf der Straße/Autobahnen geben. Ein logistisches Zentrum für diese Truppenverlagerung wird der Übungsplatz bei Kloster Lehnin sein. Ein Konvoi von US-Fahrzeugen, der für den 8. Januar 2017 am Truppenübungsplatz Lehnin in Brück erwartet wurde, kam allerdings erst am 9. Januar 2017 in Lehnin an. Möglicherweise war die

Protestkundgebung Grund für die Verspätung.

Die Truppenverlagerung sollte bis zum 18. Januar abgeschlossen sein. Ziel der Panzerbrigade ist nach dem Anlanden in Bremerhaven zunächst Polen. Dort soll die Brigade sich sammeln, um anschließend – aufgeteilt in kleinere Einheiten – in sechs Ländern Ost- und Südosteuropas zu operieren: in Estland, Lettland und Litauen, in Polen, Rumänien und Bulgarien. Geplant sind Manöver in der Nähe zur russischen Westgrenze. Seit Russland im März 2014 die Krim annektierte, hat die NATO in mehreren osteuropäischen Ländern kleine Hauptquartiere errichtet sowie die Zahl der Manöver in Osteuropa stark erhöht. Die nun entsandte Panzerbrigade soll nach neun Monaten gegen eine andere Einheit ausgetauscht werden. So umgeht das Militärbündnis die NATO-Russland-Akte, in der sich beide Seiten 1997 darauf verständigt hatten, dass die NATO an Russlands Grenzen nicht »dauerhaft« zusätzlich größere Einheiten stationiert. Ich meine, ein Rüstungswettlauf muss unbedingt verhindert werden. Stattdessen müssen Vertrauen aufgebaut und der Dialog mit Russland gesucht werden. Dieses Militärmanöver ist vor allem Ausdruck der Sprachlosigkeit.

Carsten Preuß, Zossen

## Der Friedensmarsch von Berlin nach Aleppo machte Halt in Teltow-Fläming

Viele Menschen machten sich am Montag, 26. Dezember 2016, in Berlin auf den Weg, um zu Fuß in Richtung Syrien zu laufen. Ziel ist es, mehr Aufmerksamkeit für Syrien zu erreichen, sagt Anna Alboth. Bei den Aktivistinnen und Aktivisten handelt es sich um »ganz durchschnittliche Leute, die einfach Frieden wollen«. Die Bloggerin und Journalistin aus Berlin hatte erst drei Wochen zuvor die Idee für den »Civil March«. Ein wichtiges Ziel ist es, dass die Zivilisten in Syrien Zugang zu humanitärer Hilfe bekommen. Am Montag war eine Turnhalle in Mahlow die erste Zwischenstation. Am darauffolgenden Tag kamen gut 80 Menschen aus vielen verschiedenen Nationen in Zossen an. Vertreter der Zossener und Rangsdorfer Flüchtlingshilfseinheiten und der Zossener LINKEN

hießen sie bei einem abendlichen Besuch herzlich willkommen. Nach der Nacht in der Turnhalle über der Zossener Feuerwehr erfreuten sich die Aktivistinnen und Aktivisten am Mittwochmorgen an einem reichhaltigen Frühstück. Dieses hatten Helfer aus Zossen und Rangsdorf spontan organisiert. Mit der Musik einer Saz, einer Langhalslaute, wurde die gute Stimmung an den vielen Frühstückstischen noch verbessert. Anschließend starteten die gut 80 Aktivistinnen und Aktivisten in Zossen bei leichtem Nieselregen zum nächsten Etappenziel Teupitz. Kleiner Wermutstropfen: Beim Start in Zossen gab es eine Spontankundgebung einer Handvoll AfD-Anhänger, die offensichtlich etwas gegen eine Friedensdemo einzuwenden hatten. Dessen ungeachtet schlossen sich einige Bürgerinnen und Bürger aus

Zossen vorübergehend dem Marsch an.

Über Teupitz führte der Marsch schließlich nach Glashütte, wo die Alte Hütte für die Übernachtung zur Verfügung stand.

Derzeit befinden sich die Aktivistinnen und Aktivisten in der Tschechischen Republik. Geplant ist, die insgesamt über 3.000 Kilometer lange Strecke in umgekehrter Richtung der sogenannten »Balkanroute« weiter über Österreich, Slowenien, Kroatien, Serbien, Mazedonien, Griechenland und die Türkei nach Syrien zu laufen.

Carsten Preuß, Zossen



## DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

### Geschäftsstellen

14943 Luckenwalde  
Zinnaer Straße 36  
Telefon: 03371 632267  
Telefax: 03371 636936  
E-Mail: info@dielinke-  
teltow-flaeming.de  
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog  
Große Straße 62  
Telefon: 03372 432691  
Telefax: 03372 443033  
E-Mail: tf.sued@dielinke-  
teltow-flaeming.de  
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde  
Albert-Tanneur-Straße 17  
Telefon: 03378 510653  
Telefax: 03378 510654  
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-  
teltow-flaeming.de  
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf

**Auch interessant:**  
dielinke-rangsdorf.de  
facebook.com/  
DieLinkeRangsdorf-  
Ortsverband-1605857652991866

dielinke-zossen.de  
facebook.com/  
DIE.LINKE.ZOSSEN

dielinke-blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe  
und Zuschriften  
sind ausdrücklich  
erwünscht.**

### Nächste Ausgabe:

15. April 2017

Redaktionsschluss: 27. März 2017

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
Kreisverband Teltow-Fläming  
V.i.S.d.P.: Felix Thier  
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de  
Redaktion: Maritta Böttcher  
redaktion@dielinke-teltow-flaeming.de  
Redaktionsschluss: 27. Januar 2017  
Layout und Druck: MediaService GmbH  
Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,  
100 % Recycling  
Auflage: 1.800, Februar 2017  
Veröffentlichte Beiträge müssen  
nicht in jedem Fall mit der Meinung  
des Herausgebers übereinstimmen.

## VORGESTELLT:

**Klaus Pollmann ist Vorsitzender des Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd und seit der Kommunalwahl im Mai 2014 ehrenamtlicher Ortsvorsteher von Altes Lager in der Gemeinde Niedergörsdorf.**

### Wie geht es dir als Ortsvorsteher?

Die Gemeinde Niedergörsdorf hat in ihren größten Ortsteil in den letzten Jahren so viel investiert, dass ich auch im Ehrenamt ein Gefühl für das Leben hauptberuflicher Politiker bekommen konnte. Ständig wird etwas eingeweiht und eröffnet, und ich darf manchmal sogar schwarz-rot-goldene Bändchen zerschneiden. Es gibt neue Gebäude, neue Wege, neue Spielplätze, neue Feuerwehrfahrzeuge und eine schöne öffentliche Mauergalerie an der Kastanienallee, die noch erweitert werden kann. Der Eintritt ist frei. Schauen Sie mal vorbei!

### Also keine Probleme in Altes Lager?

Ich will nicht nur Probleme sehen! Das ist wichtig. Aber natürlich gibt es auch Sorgen. Wenn die Straßenlaterne vor der eigenen Haustür nicht funktioniert oder zu hell ist, der Regenwassereinlauf gereinigt werden müsste, das Unkraut des Nachbarn als zu hoch gewachsen angesehen wird oder Rehe die Grabpflanzung als Delikatesse behandeln, dann klingeln Einwohnerinnen und Einwohner zu jeder Tageszeit und auch gern mal direkt an der Haustür. Als Ortsvorsteher mache ich dann das,

was jeder Bürger und jede Bürgerin auch direkt tun könnte: Ich rufe bei der zuständigen Abteilung in der Gemeindeverwaltung an oder schicke dieser eine E-Mail.

Während der öffentlich angekündigten wöchentlichen Telefonsprechstunde blieb das Telefon hingegen meistens stumm, und die monatliche persönliche Sprechstunde im Familienzentrum konnte ich zum Lesen der Amtsblätter der letzten zehn Jahre nutzen. Selbst bei meinen Besuchen auf dem Friedhof wurde ich häufiger auf Probleme angesprochen als in meinen Sprechstunden.

### Was also tun, wenn ein Wahlversprechen nicht eingehalten werden muss?

Man kann etwas Neues ausprobieren. Inzwischen bot bereits der dritte Ortsstammtisch von Altes Lager die

Gelegenheit, die Behauptung, es sei im Ort nichts los und niemand würde sich engagieren, als widerlegt anzuerkennen. Viele im Ort engagieren sich ehrenamtlich in der Feuerwehr, im Sportverein, für Geflüchtete, in der Kirchengemeinde, in der Senioren- und Jugendarbeit oder bei der Betreuung von ausgesetzten Katzen. Der Ortsstammtisch bietet nun die Möglichkeit, dass die Akteure sich kennenlernen und austauschen. Und wenn nur ein Vorschlag einer Einwohnerin am Jahresanfang dazu führt, dass am Jahresende ein von Erzieherinnen und Kindern geschmückter und von der Gemeinde beleuchteter Weihnachtsbaum die Herzen erfreut, dann ist der Lebensort schon wieder etwas schöner geworden.

Das Gespräch führte  
**Maritta Böttcher.**



## »Wir haben es satt« – Demo in Berlin für eine nachhaltige Landwirtschaft

18.000 Teilnehmende – unterstützt von 130 Traktoren – haben in Berlin für eine Wende in der Agrar- und Ernährungspolitik demonstriert. Dieses Jahr setzte die Demo am 21. Januar mit dem Motto »Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen!« einen konzernkritischen Fokus. Die Teilnehmer forderten gesundes Essen, eine nachhaltige Landwirtschaft und fairen Handel. In der jetzigen Form hat die konventionelle Landwirtschaft keine Zukunft. Denn derzeit befinden sich viele Landwirtschaftsbetriebe in einer ökonomischen Krise, einer Akzeptanzkrise und einer Umweltkrise. Daher haben Bauern, Umwelt- und Tierschützer sowie Verbraucherinnen und Verbraucher in Berlin für eine Wende in der Landwirtschaftspolitik demonstriert. Zu der Kundgebung hatte ein Bündnis aus rund

100 Organisationen aufgerufen, darunter Umwelt-, Tierschutz- und alternative Agrarverbände. Auffällig war der große Anteil junger Bäuerinnen und Bauern. Gerade sie wollen zeigen, dass sie die Felder nicht der Agrarindustrie überlassen. Mit einem Infostand bei der Auftaktkundgebung auf dem Potsdamer Platz war auch die Bundestagsfraktion DIE LINKE vertreten. Die Kundgebungsteilnehmer forderten ein Ende von Subventionen zugunsten von industriell wirtschaftenden Großbetrieben sowie einen Stopp von Mega-Fusionen im Agrarsektor. Stattdessen brauchen die Landwirtschaftsbetriebe Anreize, um Tiere besonders artgerecht zu halten und um auf den Acker- und Wiesenflächen umweltschonend zu wirtschaften. Eine weitere aktuelle Forderung lautete, mehr Agrarsub-

ventionen der EU für den Umwelt- und Naturschutz zu verwenden. Die Regierung muss sich gerade hier entsprechend bewegen. Bisher gibt es Ablehnung, vor allem vom Landwirtschaftsministerium. Die EU-Agrarsubventionen könnten bereits jetzt zu einem größeren Teil für artgerechte Stallbauten oder Wasserschutzmaßnahmen genutzt werden. Allerdings nutzt die Regierung das Potenzial nicht. Im Wahljahr 2017 wird entschieden: Weiterhin Steuermilliarden für die Agrar- und Chemieindustrie, für Großgrundbesitz und für Tierfabriken? Oder werden künftig eine nachhaltige Landwirtschaft und das regionale Lebensmittelhandwerk sowie Tier- und Umweltschutz gefördert?

**Carsten Preuß, Zossen**